



Das alte Schulhaus in der Luderitzstraße in Rheinau-Süd: Schilder verweisen darauf, dass erstmals in der neuen Gerhart-Hauptmann-Schule gewählt werden muss. BILD: TIN

Rheinau-Süd: Stadtverwaltung und Bezirksbeirat bleiben auch zwei Monate nach ihrer Einigung unter Beschuss

Kritik an Verkauf und Abriss des alten Schulhauses hält an

Von unserem Redaktionsmitglied
Konstantin Groß

Ach, es wird nicht alles so heiß gegessen wie es gekocht wird – so oder so ähnlich lauteten die Reaktionen in Rheinau-Süd zu den bisherigen Berichten über die alte Schule. Wie ernst die Sache ist, zeigte den Bewohnern der IG-Siedlung der letzte Sonntag: Erstmals seit 60 Jahren war nicht dieses Gebäude in der Luderitzstraße, sondern die neue Gerhart-Hauptmann-Schule Ort für die Stimmabgabe bei einer Wahl. Sogar für eine solche Nutzung steht das Gebäude nicht mehr zur Verfügung.

Die Verkaufs- und Abriss-Pläne der Verwaltung stoßen nach wie vor auf erhebliche Ablehnung. Vor allem bei der Zukunftsinitiative Rheinau-Süd (ZiRS), einer Gruppe engagierter Bürger, die sich um Perspektiven für diesen Ortsteil Gedanken macht. Sie ist empört über die nicht-öffentliche Entscheidungsfindung des Bezirksbeirates vor zwei Monaten.

Ihre Aktiven hatten sich in mehreren Treffen mit der Zukunft des Gebäudes befasst, mögliche Nutzer eingeladen und mit ihnen diskutiert. Mitten in die Erarbeitung dieser Nutzungskonzeption fiel die Zustimmung des Bezirksbeirates zu Abriss und Verkauf – und dies, obwohl sowohl das Gremium als auch die Stadtverwaltung in die Gespräche eingebunden gewesen seien.

Enttäuschung bei der ZiRS

Drastisch beklagt Bernhard Scherer, Sprecher von ZiRS, die „Verlogenheit, mit der die Verwaltungsspitze bürgerschaftliches Engagement vor den Kameras der Journalisten in der Innenstadt predigt und in der Realität der Vororte alles ignoriert, was ihr nicht in den Kram passt.“

Aber auch der Bezirksbeirat ernet Kritik. Beschlüsse wie der jetzige seien ein Ergebnis der Tatsache, dass keiner der Rheinauer Bezirksbeiräte in Rheinau-Süd wohnt, im Gremium die mehr als 6000 Einwohner von

Rheinau-Süd also nicht vertreten seien. Auch in der traditionellen IG-Siedlung besteht erheblicher Unmut über die geplanten Maßnahmen, wie sich auf der jüngsten Hauptversammlung der Siedlergemeinschaft Rheinau-Süd zeigte – obwohl Vorsitzender Wolfgang Lehmpfuhl gleich zu Beginn der Sitzung massiv für die gefundene Lösung warb.

„Nachdem klar war, dass die Schule nicht unter Denkmalschutz steht, war sie nicht mehr zu retten“, argumentierte Lehmpfuhl. In den Gesprächen, in denen der Verein mit einbezogen war, sei zumindest erreicht worden, dass der Verkaufserlös zur Sanierung des Rheinauer Rathauses verwendet werde: „Sonst müsste der Bürgerdienst nach Neckarau“, betonte Lehmpfuhl: „Jetzt bleibt das Geld in Rheinau.“

„Die Schule ist das einzige alte Gebäude in unserer Siedlung“, beklagte eine Siedlerin: „Generationen von uns sind hier zur Schule gegangen. Ich kann nicht verstehen, dass

man dieses Gebäude so sang- und klanglos aufgibt“, schimpfte sie und regte eine Bürgeranhörung an.

Bürgerdienst kein Argument

Das Argument der verhinderten Bürgerdienst-Verlegung nach Neckarau ließ sie nicht gelten: „Für uns in Rheinau-Süd kommt es fast aufs Gleiche raus, ob wir nach Kern-Rheinau oder nach Neckarau fahren müssen.“ Für Roseluise Koester-Buhl, aktiv bei ZiRS und Mitglied der Siedlergemeinschaft, war das Bürgerdienst-Argument aus einem anderen Grunde nicht stichhaltig: „Auch nach der Sanierung ist das Rathaus Rheinau nicht barrierefrei.“

Ein Siedler sah das beschlossene Nutzungskonzept für das sanierte Rheinauer Rathaus als illusorisch an: „Das, was da angeblich alles rein soll, passt doch gar nicht rein.“ Siedler Walter Satzke machte auf die Probleme bei der geplanten Neubebauung des Schulgeländes aufmerksam: „Das wird mehr Verkehr geben.“